

Lokales Übergangsmanagement – Handlungsbedarf und Handlungsspielräume

Matthias Müller/Frank Braun



Forschungsschwerpunkt
"Übergänge in Arbeit"

Wissenschaftliche Texte

Wissenschaft
texte

6/2007

Wissenschaftliche Texte

Der Forschungsschwerpunkt „Übergänge in Arbeit“ steht in einer Forschungstradition des DJI, die, ausgehend von der Analyse der Übergangsbioografien von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, auch die Strukturen und Institutionen, Politiken und sozialen Folgen der Veränderungen des Übergangssystems zum Gegenstand gemacht hat. Dieses Forschungsengagement am DJI legitimiert sich nicht zuletzt aus dem im KJHG formulierten Auftrag an die Jugendhilfe, die berufliche und soziale Integration von Jugendlichen zu fördern und dabei eine Mittlerfunktion im Verhältnis zu anderen, vorrangig zuständigen und in ihren Ressourcen leistungsfähigen Akteuren wahrzunehmen.

Diese Expertise entstand am Deutschen Jugendinstitut im Rahmen des Projektes „Übergangspanel“.

© 2007 Deutsches Jugendinstitut e. V.
Forschungsschwerpunkt „Übergänge in Arbeit“

Nockherstraße 2, 81541 München
E-Mail: info@dji.de

Telefon (089) 62306-177
Telefax (089) 62306-162

Außenstelle Halle
Franckeplatz 1 – Haus 12+13
06110 Halle a. S.

Telefon (0345) 68178-0
Telefax (0345) 68178-47

Konzeption und Gestaltung: Gabriele Kämpfe

Lokales Übergangsmanagement – Handlungsbedarf und Handlungsspielräume

Matthias Müller / Frank Braun

INHALT

1	Berufsausbildung als Mindestvoraussetzung für stabile Erwerbsarbeit und wirtschaftliche Stabilität	3
2	Veränderungen der Übergänge Schule – Beruf und Expansion des Übergangssystems	5
3	Individuelle Verläufe im Übergangssystem	12
4	Regionale Ungelerntenquoten	15
5	Um einen Anfang zu machen: Schulen machen einen Unterschied!	20

1 Berufsausbildung als Mindestvoraussetzung für stabile Erwerbsarbeit und wirtschaftliche Stabilität

Für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in Erwerbsarbeit gilt in Deutschland eine Berufsausbildung als Mindestvoraussetzung. Grundsätzlich ist auch ein Einstieg in ungelernete Arbeit (ohne vorherige Berufsausbildung) möglich. Doch dieser Weg ist mit hohen Risiken verbunden. Diese Risiken liegen einmal auf der individuellen Ebene der ungelerten Arbeitskräfte. Der Anteil der Ungelernten an den Arbeitslosen im bundesdeutschen Durchschnitt liegt bei über 36 %.

Dieser Weg ist aber auch volkswirtschaftlich problematisch. So besteht in Deutschland in den kommenden Jahren aufgrund des Rückgangs der Bevölkerung in den Geburtsjahrgängen ab 1990 und des Ausscheidens der geburtenstarken Jahrgänge der 50er Jahre ein großer Bedarf an jungen Fachkräften. Volkswirtschaftlich ist somit angeraten, das Potenzial an Schulabsolventen voll auszuschöpfen und den Anteil derer, die ungelernete bleiben, möglichst gering zu halten.

Insofern bedeutet eine Berufsausbildung individuell eine Art Garantie für den erfolgreichen Eintritt in das Berufsleben und einen besseren Schutz vor Arbeitslosigkeit. Und gesamtgesellschaftlich bedeutet es eine Investition in die Zukunft, wenn das Qualifizierungspotenzial der jungen Generation möglichst umfassend ausgeschöpft wird.

Im September 2004 (durch die Umstellungen der Statistiken der Bundesagentur für Arbeit stehen bisher aktuellere Daten zu dieser Frage nicht zur Verfügung) hatten in Deutschland 22 % aller 25-jährigen Erwerbspersonen (die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die gemeldeten Arbeitslosen) keine Berufsausbildung abgeschlossen. Zu diesem Durchschnittswert gibt es gravierende regionale Abweichungen. Das wirft die Fragen nach den Ursachen auf, die dazu führen, dass Jugendliche in den ersten zehn Jahren nach Verlassen der Schule eine Berufsausbildung absolvieren oder auch nicht, und dem Beitrag, den regionales oder lokales Übergangsmanagement dazu leisten kann, dass das Qualifizierungspotenzial der jungen Generation ausgeschöpft wird.

Antworten auf diese Fragen werden im Folgenden in vier Schritten gesucht:

In einem ersten Schritt werden auf der Grundlage bundesweiter Daten die Veränderungen der Übergänge Jugendlicher von der Schule in die Berufsausbildung im Verlauf der letzten zehn bis fünfzehn Jahre beleuchtet. Es wird gezeigt, dass sich zwischen Schule und der eigentlichen Berufsausbildung ein System von Zwischenschritten etabliert hat (der erste Nationale Bildungsbericht spricht von einem expandierenden „Übergangssystem“), durch das sich für einen Teil der Jugendlichen der Eintritt in Berufsausbildung verzögert und durch das sich für einen anderen Teil der Übergang in ungelernete Arbeit vollzieht.

Welche Effekte dieses Übergangssystem auf der Ebene individueller Übergangsverläufe hat, wird in einem zweiten Schritt auf der Grundlage von Daten des DJI-Übergangspanels dargelegt. Die Daten zeigen, dass Angebote des Übergangssystems für einen Großteil der Schulabgänger mit Hauptschulbildung die Wege in die Berufsausbildung zeitlich deutlich verlängern, vielen dabei helfen, ihre Voraussetzungen für die Aufnahme einer Berufsausbildung zu verbessern, aber für einen Teil den Ausstieg aus Bildung und Ausbildung und ein Leben am Rande der Gesellschaft „kanalisieren“.

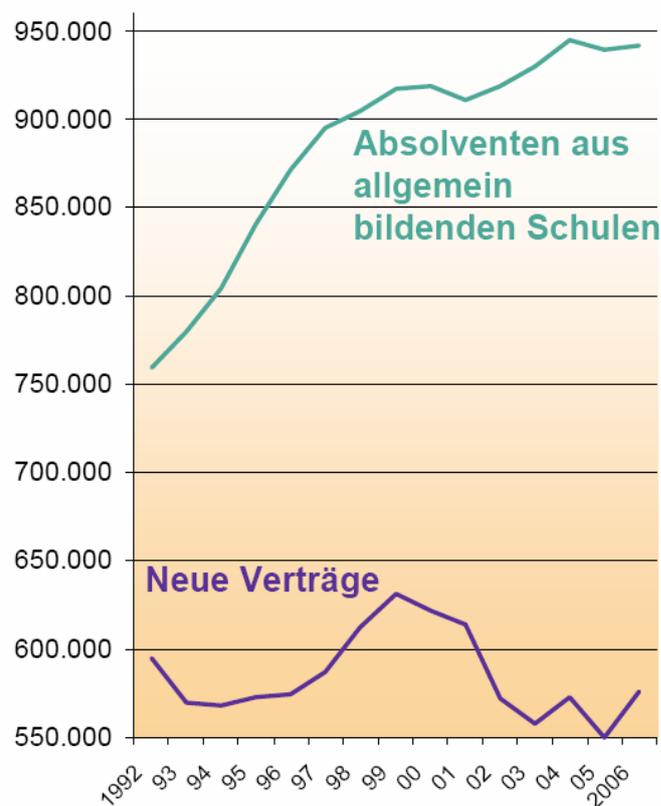
In einem dritten Schritt werden die Ungelerntenquoten für die Altersgruppe der 25-Jährigen und die regionalen Unterschiede in diesen Ungelerntenquoten betrachtet. Wir fragen weiter nach den Ursachen für diese regionalen Unterschiede und betrachten dabei insbesondere das regionale Lehrstellenangebot. Das Fazit lautet, dass sich Unterschiede in den Ungelerntenquoten mit Arbeitsmarktdaten (allein) nicht erklären lassen, sondern dass Ungelerntenquoten auch ein Ergebnis (aus-)bildungspolitischer Entscheidungen und daher politisch gestaltbar sind.

Im vierten und letzten Schritt zeigen wir anhand der Daten aus einer Kommune, dass bereits die Qualität des Einstiegs in den Übergang von der Schule in Ausbildung und Erwerbsarbeit keineswegs ausschließlich von Rahmendaten des Arbeits- und Lehrstellenmarktes bestimmt wird. Die Unterschiede in der Art und Weise, wie Schulen ihre Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in Ausbildung vorbereiten, zeigen Handlungsspielräume aber auch Handlungsbedarf.

2 Veränderungen der Übergänge Schule – Beruf und Expansion des Übergangssystems

Beim Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung übersteigt spätestens seit den frühen 1990er Jahren die Anzahl an Absolventen allgemein bildender Schulen das Ausbildungsplatzangebot dauerhaft. Wie Abbildung 1 verdeutlicht, liegen dem zwei Trends zugrunde: Einerseits gab es über einen Zeitraum von mehreren Jahren einen Rückgang des Angebots an Lehrstellen, andererseits gab es eine jährlich zunehmende Zahl von Schulabsolventen aufgrund geburtenstarker Jahrgänge.

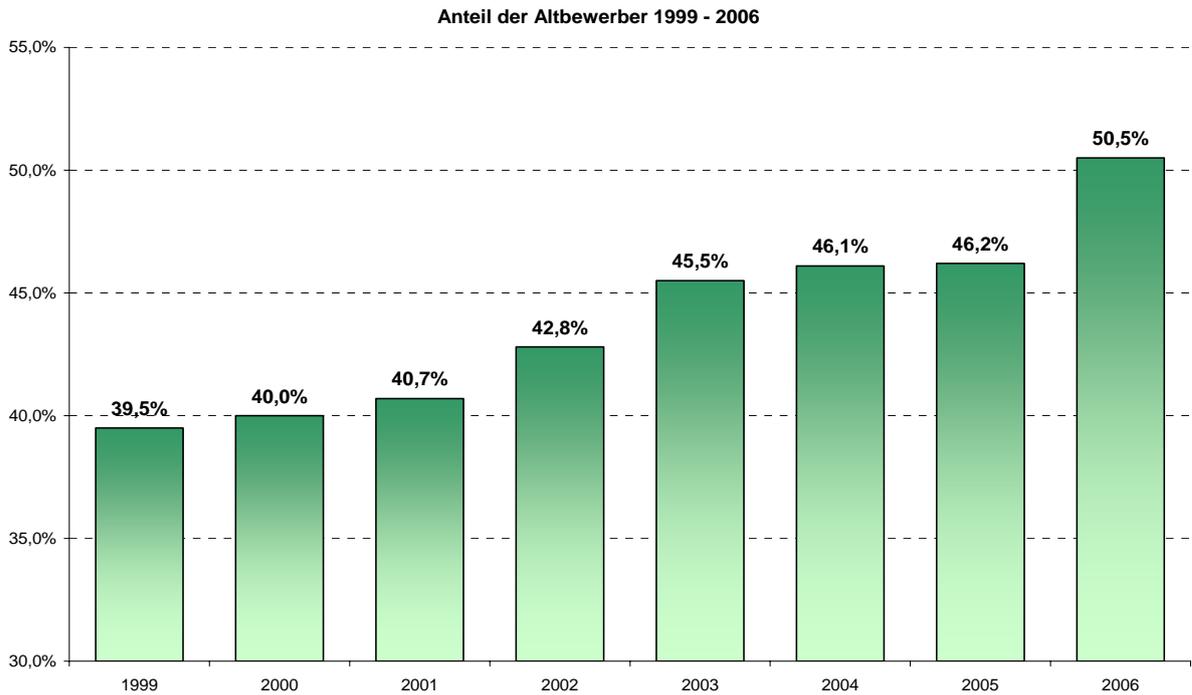
Abbildung 1: Absolventen aus allgemein bildenden Schulen und abgeschlossene Ausbildungsverträge von 1992 bis 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des BIBB
(www.bibb.de/dokumente/pdf/a12pr_dokumentation_bibb-forum_didacta2007_4.pdf)

Dadurch, dass die Zahl der Schulabgänger die Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge regelmäßig überstieg, entstand zusätzlich zu dem jährlichen Überhang an Schulabgängern ein „Bugwelleneffekt“. Die so genannte „Bugwelle“ besteht aus den nicht in Ausbildung gekommenen Bewerbern des vorigen oder sogar mehrerer vorangegangener Jahre, die im jeweils aktuellen Ausbildungsjahr zu den neuen Bewerbern noch als Altbewerber hinzukommen. Der Anteil der Altbewerber an der Gesamtzahl der Bewerber wächst dadurch von Jahr zu Jahr (Abbildung 2).

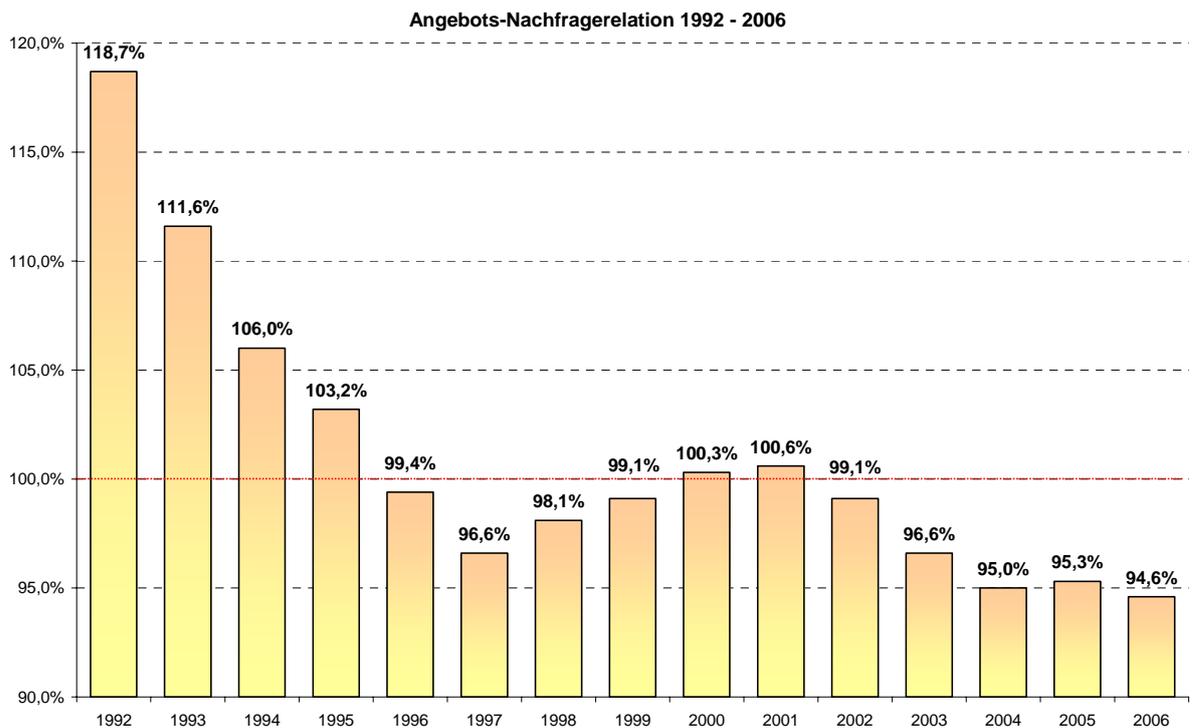
Abbildung 2: Anteil der Altbewerber an allen der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellenbewerbern 1999-2006



Quelle: Daten der BA, Berechnungen des BIBB (www.bibb.de/dokumente/pdf/a12pr_dokumentation_bibbforum_didacta2007_4.pdf)

Dadurch öffnet sich die Schere zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage zusätzlich. Insgesamt hat sich die Angebots-Nachfragerelation von 1992 bis 2006 stark verschlechtert (Abbildung 3).

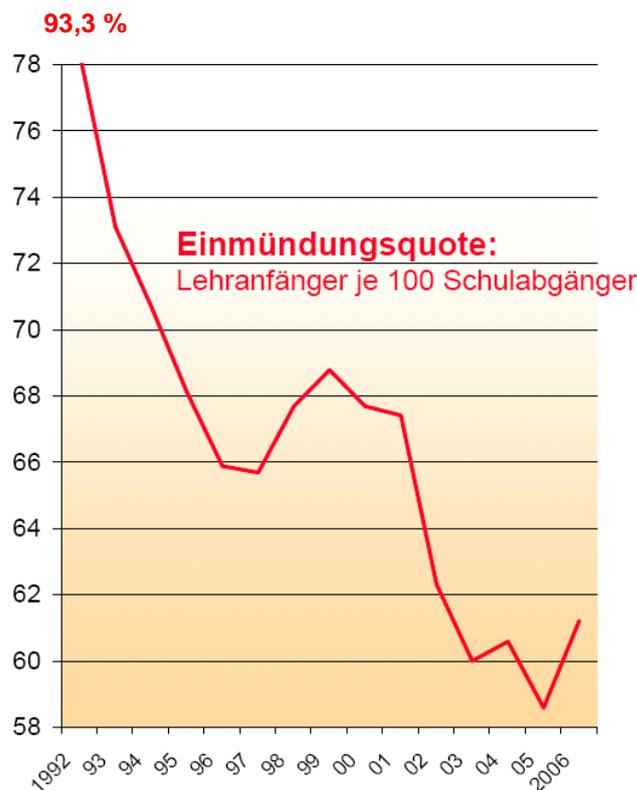
Abbildung 3: Die Angebots-Nachfragerelation von 1992 bis 2006



Quelle: Daten der BA, Berechnungen des BIBB (www.bibb.de/dokumente/pdf/a12pr_dokumentation_bibbforum_didacta2007_4.pdf)

Die Schere zwischen Ausbildungsplatzbewerbern und Stellenangebot öffnete sich in beide Richtungen. Einerseits haben in den neunziger Jahren geburtenstarke Jahrgänge die Schule verlassen, wodurch die Zahl der Bewerber stetig stieg. Andererseits ging die Anzahl der neu abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge insbesondere in den Jahren 1999 bis 2003 stark zurück, so dass sich die Schere zwischen Angebot und Nachfrage der Ausbildungsstellen immer weiter öffnete. Gemeinsam mit der wachsenden „Bugwelle“ der Altbewerber (Abbildung 2) konkurrierten die jeweils neuen Absolventen eines Jahrgangs dann um die Ausbildungsplätze. Dadurch sank die Einmündungsquote in Ausbildung (Anteil der Lehranfänger an der Zahl der Schulabgänger) von über 93 % im Jahr 1992 unter 62 % im Jahr 2006 (Abbildung 4).

Abbildung 4: Die Einmündungsquote in Ausbildung der Schulabgänger 1992 bis 2006

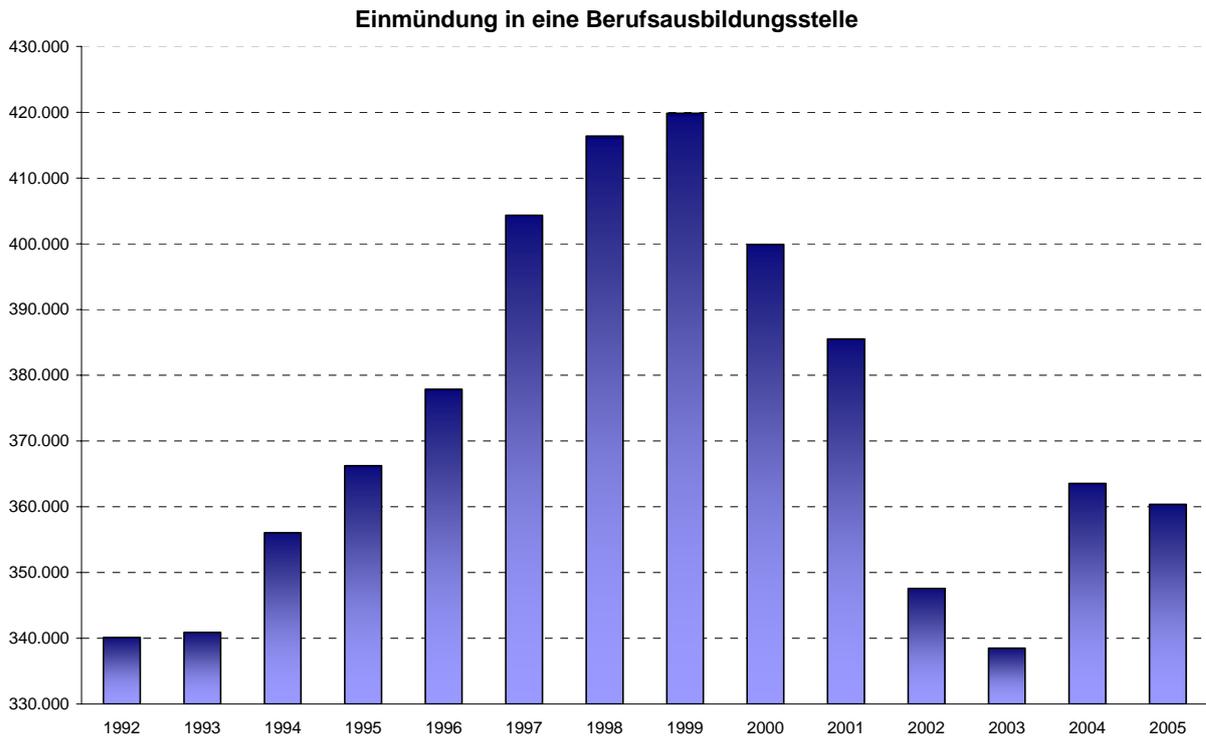


Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des BIBB
 (www.bibb.de/dokumente/pdf/a12pr_dokumentation_bibb-forum_didacta2007_4.pdf)

Die Lücke, die zwischen dem Verlassen der Schule und der Einmündung in eine Ausbildung entsteht, hat zunehmende Wartezeiten zur Folge, die zwischen Schule und Berufsausbildung liegen. Diese Wartezeiten füllen viele Jugendliche durch die vorübergehende Teilnahme an Angeboten des Übergangssystems aus, zum Teil geben sie aber auch ihre Ausbildungsanstrengungen auf und suchen Arbeit als Ungelernte.

Wie sich die Einmündungen in Berufsausbildung und das Ausweichen auf Alternativen zur ursprünglich geplanten Berufsausbildung im zeitlichen Verlauf entwickelt haben, wird anhand der Angaben zum Verbleib der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber für die Jahre von 1992 bis 2005 in den folgenden Grafiken abgebildet.

Abbildung 5: Verbleib der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber 1992 bis 2005



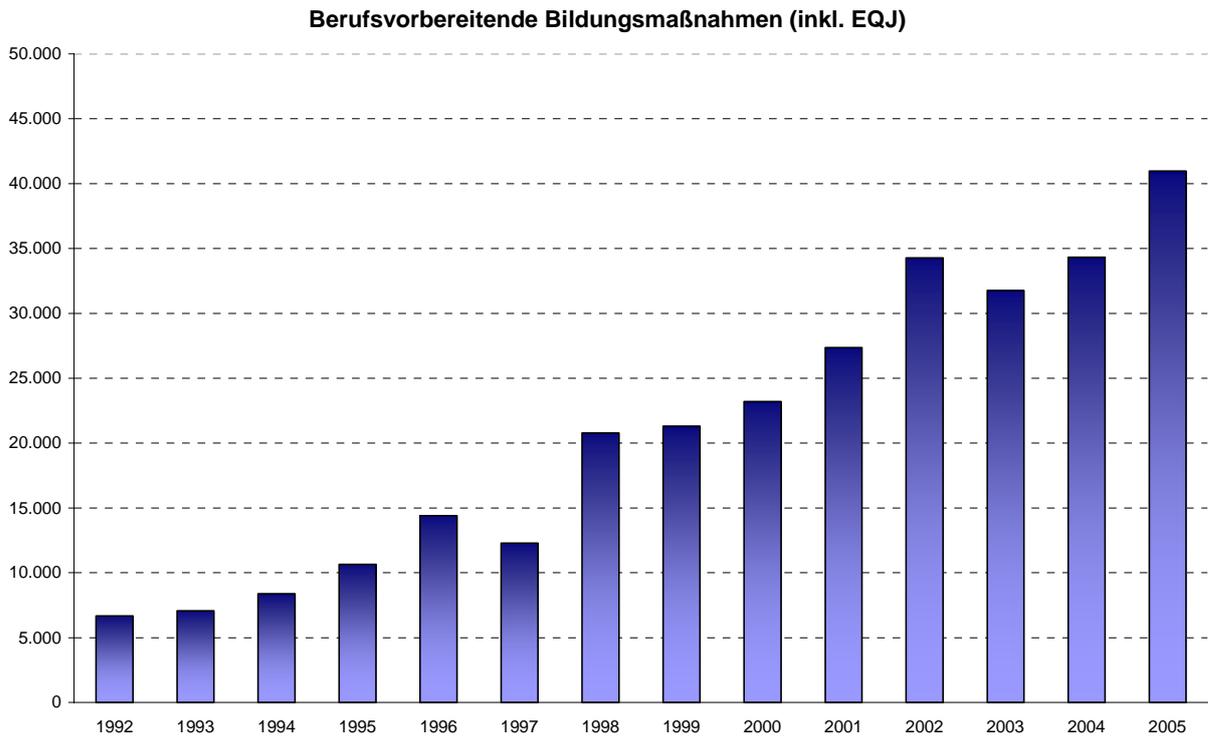
Quelle: Berufsbildungsbericht 2006; Übersicht 1.3.1/1

Wie in Abbildung 5 zu erkennen ist, gab es von 1993 bis 1999 einen Anstieg der Einmündungen in Ausbildung und von 1999 bis 2003 einen deutlichen Rückgang dieser Einmündungen.

Der Anstieg der Zahl der Bewerber im dargestellten Zeitraum wurde nur vorübergehend und nur teilweise durch das Ausbildungssystem aufgefangen. Darum kam es zu einem kontinuierlichen Anstieg der Einmündungen in Alternativangebote des Übergangssystems.

Am deutlichsten ist diese Entwicklung bei den Berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit abzulesen, bei der die Zahl der Einstiege seit 1992 bis zum Jahr 2005 kontinuierlich und im Verhältnis zu anderen Alternativen am stärksten zunahm. Hier hat sich der Anstieg der Einmündungen im Berichtszeitraum mehr als versechsfacht (Abbildung 6).

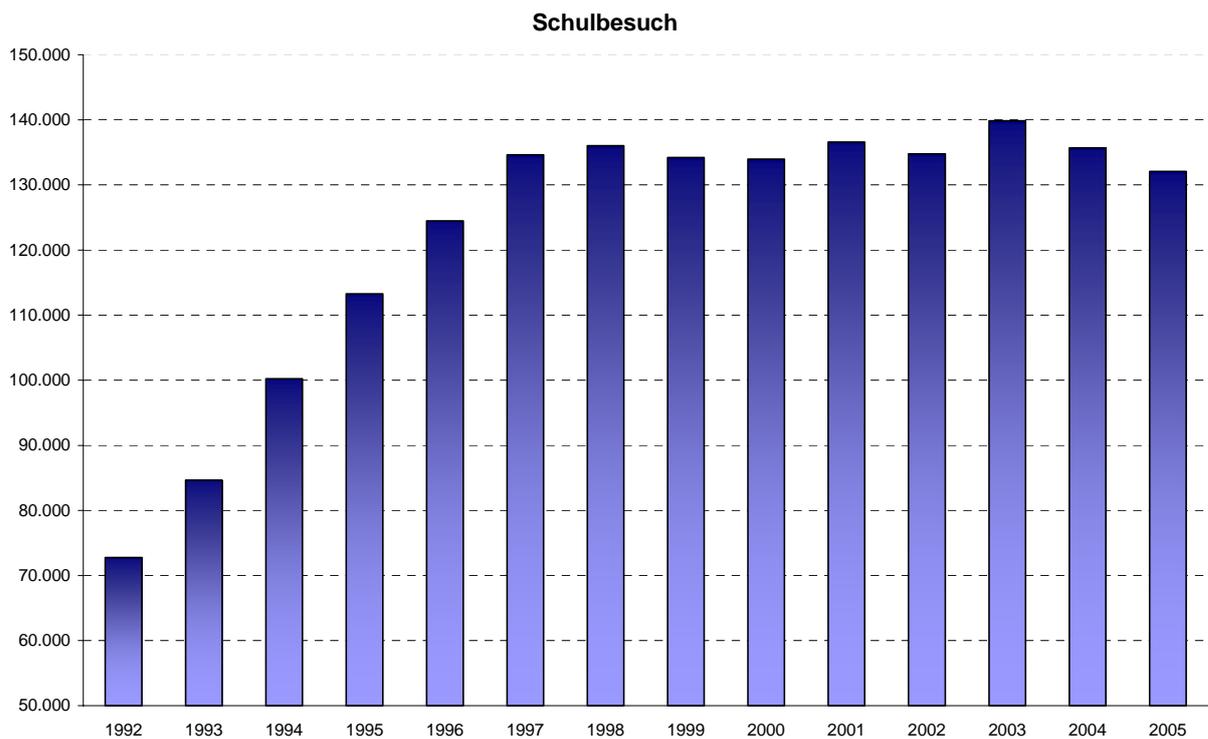
Abbildung 6: Verbleib der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber 1992 bis 2005



Quelle: Berufsbildungsbericht 2006; Übersicht 1.3.1/1

Der weitere Besuch einer Schule von Jugendlichen, die ursprünglich Bewerber für Ausbildungsplätze waren, stieg von ca. 73.000 im Jahr 1992 auf über 136.000 im Jahr 1998 an und verblieb seitdem auf annähernd gleich hohen Niveau (Abb. 7).

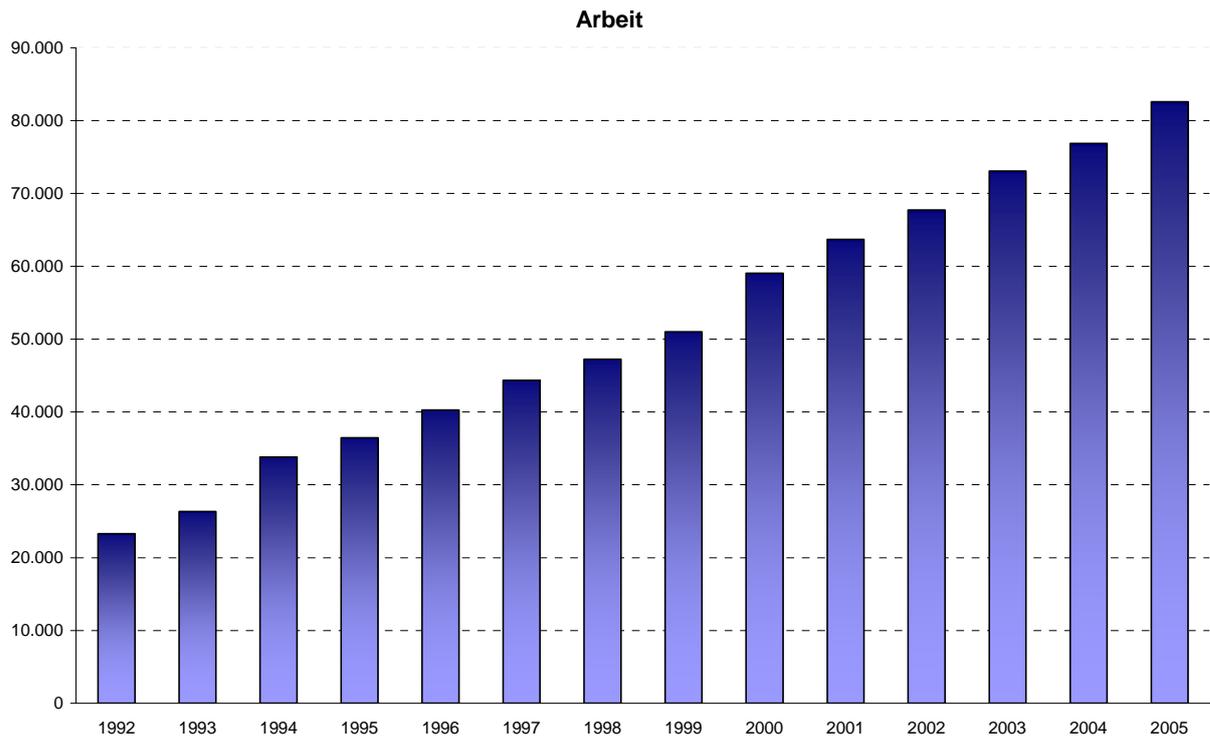
Abbildung 7: Verbleib der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber 1992 bis 2005



Quelle: Berufsbildungsbericht 2006; Übersicht 1.3.1/1

Besonders problematisch ist der Anstieg der Zahl der Jugendlichen, die das Ziel einer Berufsausbildung mit dem Einstieg in ungelernete Arbeit ersetzen (Abbildung 8). Diese Alternative ist mit einem hohen Armuts- und Arbeitslosigkeitsrisiko verbunden und stellt außerdem innerhalb der Struktur des deutschen Arbeitsmarktes mit einem stetig wachsenden Bedarf an qualifizierter Arbeit einen Verlust des Potenzials qualifizierter Arbeitskräfte dar.

Abbildung 8: Verbleib der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber 1992 bis 2005



Quelle: Berufsbildungsbericht 2006; Übersicht 1.3.1/1

Aus diesen Entwicklungen lassen sich verschiedene Schlüsse ableiten, die auf Problemlagen hinweisen.

Zum einen gelingt es einem immer kleineren Teil der Schulabsolventen, direkt im Anschluss an die Schule in eine Berufsausbildung des dualen Systems einzumünden. Dementsprechend nahm die Häufigkeit alternativer Anschlüsse zu, die jedoch einen späteren Eintritt in eine Ausbildung befördern oder zumindest nicht verhindern sollten. Dass jenseits der Alternativen des Übergangssystems auch die Eintritte in ungelernete Arbeit drastisch anstiegen, deutet auf die Gefahr hin, dass ein wachsender Teil der Jugendlichen ausbildungslos in das Arbeitsleben geht.

Der Nationale Bildungsbericht bewertet denn auch die in dieser steigenden Zahl von Einmündungen in Alternativen zur Berufsausbildung zum Ausdruck kommende Expansion des Übergangssystems als „möglicherweise folgenreichste und problematischste Strukturverschiebung“ im System der beruflichen Bildung (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 80): „Der starke Bedeutungsanstieg des Übergangssystems, der dessen Anteil an allen Neuzugängen zur Berufsausbildung zwischen 1995 und 2004 um etwa acht Prozentpunkte auf etwa 40 % anschwellen ließ (...), stellt eine ernsthafte bildungspolitische Herausforderung dar. Für zwei Fünftel der Ausbildungsanfänger beginnt ihr Start ins

Berufsleben mit Unsicherheit und ohne konkrete Berufsbildungsperspektive. Diese Sachlage verlangt den Jugendlichen ein hohes Maß an motivationaler Stabilität ab. Man muss befürchten, dass je länger die Unsicherheit anhält, Jugendliche an Ausbildungsmotivation verlieren und resignieren. Hier könnte ein wichtiges Arbeitskräftepotenzial für die Zukunft verspielt und sozialer Ausgrenzung Vorschub geleistet werden“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 82).

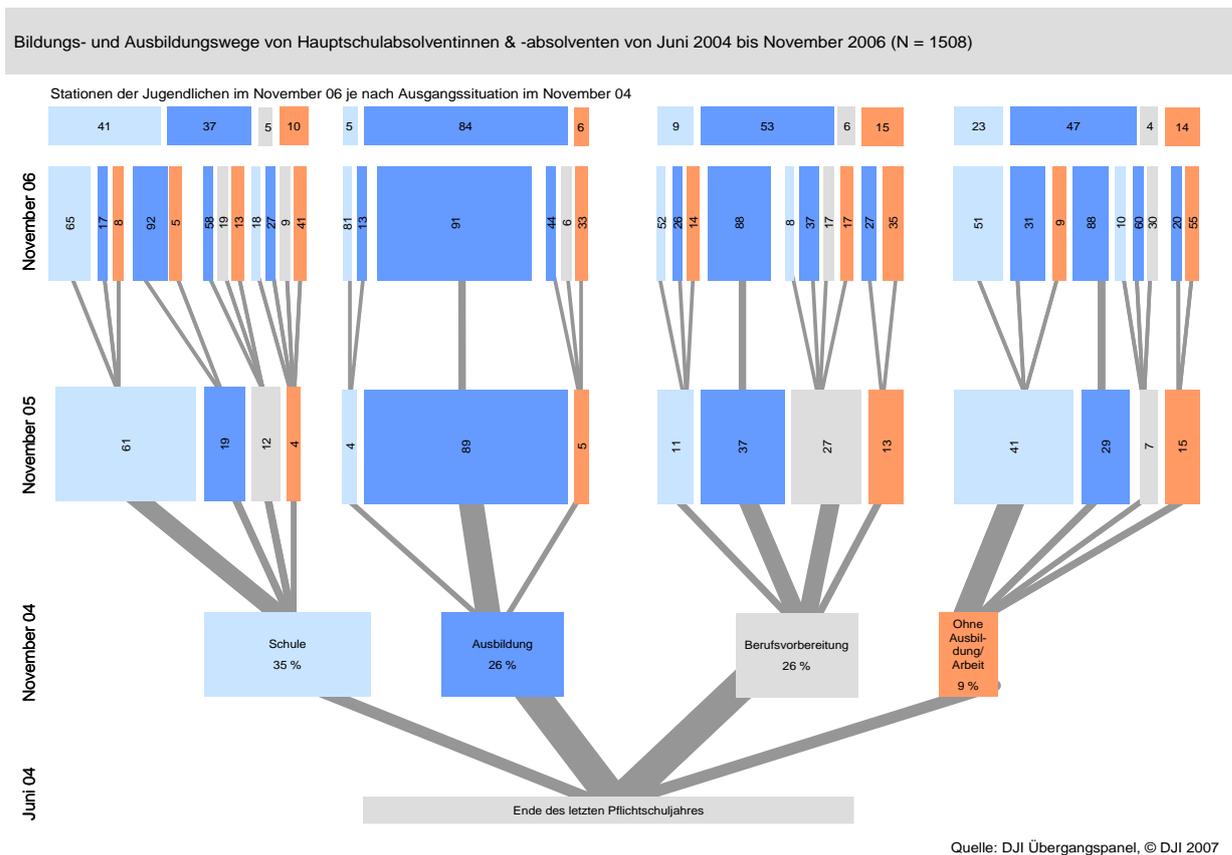
3 Individuelle Verläufe im Übergangssystem

Trotz der Bedeutung für das Gelingen der beruflichen Integration, die die Autoren des Nationalen Bildungsberichts dem Übergangssystem zusprechen, gibt es kaum Informationen darüber, welche Wege Jugendliche durch das Übergangssystem nehmen und welche Folgen diese Wege haben. Der Grund ist, dass vorliegende statistische Daten das Übergangsgeschehen nur querschnittlich abbilden. Was fehlt, sind Verlaufsdaten: Woher kommen die Jugendlichen, wohin gehen sie?

Einblicke in solche Verläufe gibt eine Längsschnittuntersuchung zu den Bildungs- und Ausbildungswegen von Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hauptschulbildung (das DJI-Übergangspanel).

Abbildung 9 zeigt die Wege, die diese Schulabsolventen seit der Vollendung ihres letzten Pflichtschuljahres im Sommer 2004 gegangen sind:

Abbildung 9: Wege von Schulabsolventen mit Hauptschulbildung durch das Ausbildungs- und Übergangssystem



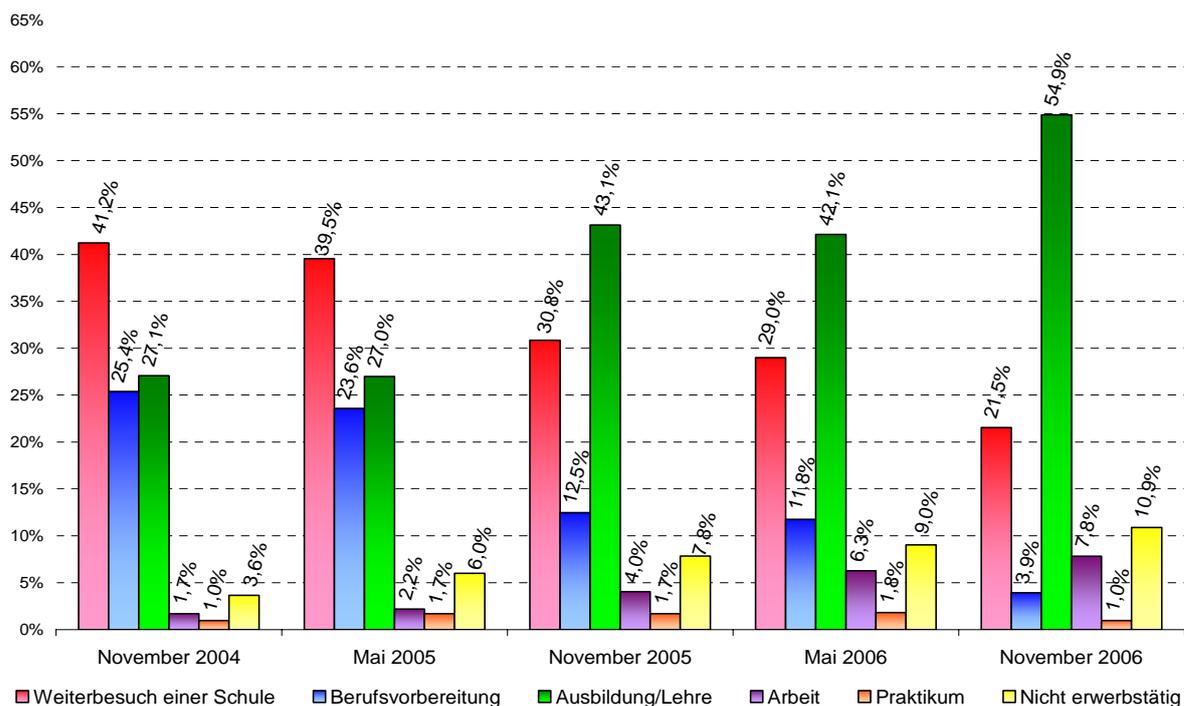
Betrachtet man die Situation der Jugendlichen 30 Monate nach Ende der Schulzeit, so werden erfolgreiche, aber auch riskante Wege sichtbar:

- Die überwiegende Mehrheit derjenigen, die unmittelbar nach der Schule die Berufsausbildung begonnen haben, befindet sich 30 Monate nach Ende der Pflichtschulzeit noch immer in Ausbildung. Auch die Jugendlichen, denen nach weiterem Schulbesuch oder nach einem Jahr der Berufsvorbereitung der Einstieg in Ausbildung gelungen ist, bleiben stabil dabei.

- Zwiespältig stellt sich die Situation derjenigen dar, deren erster Schritt nach der Schule die Teilnahme an einem berufsvorbereitenden Bildungsgang war: Ein gutes Drittel hat von dort aus den Sprung in die Berufsausbildung geschafft. Ein weiteres knappes Drittel befindet sich erneut in einer Berufsvorbereitung. Ein kleinerer Teil der Jugendlichen geht weiter zur Schule. Bei 15 % folgt auf Berufsvorbereitung Arbeitslosigkeit.
- Von denen, die nach Ende der Schulpflicht weiter zur Schule gegangen sind, ist 30 Monate später fast jede/r Zweite noch immer in der Schule. Diese Jugendlichen hatten sich schon frühzeitig für den weiteren Schulbesuch entschieden – sei es, weil sie von vornherein höhere Bildungsabschlüsse anstrebten, sei es, dass sie ihre Chancen auf Ausbildung über höhere Abschlüsse verbessern wollten. Die übrigen, für die der weitere Schulbesuch eher eine Notlösung war, als sie keinen Ausbildungsplatz fanden, haben erneut den Zugang zur Berufsausbildung gesucht und sind dabei relativ erfolgreich gewesen: Fast zwei Drittel von ihnen haben eine Berufsausbildung aufgenommen. Bei zehn Prozent allerdings hat der weitere Schulbesuch (zumindest erst einmal) in die Arbeitslosigkeit geführt.
- Stark angestiegen im zeitlichen Verlauf ist der Anteil derjenigen, die ihre Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen eingestellt haben: Etwa jede/r Sechste ist 30 Monate nach Ende der Pflichtschulzeit arbeitslos oder arbeitet als ungelernete Arbeitskraft. Bei diesen Jugendlichen ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass sie noch eine Ausbildung abschließen. Sie werden zukünftig zu den Risikogruppen des Arbeitsmarktes gehören.

Abbildung 10 zeigt die im DJI-Übergangspanel erhobenen Verteilungen von Schulabsolventen des Jahres 2004 auf schulische und berufsvorbereitende Bildungsangebote des Übergangssystems, auf die reguläre Berufsausbildung, auf ungelernete Arbeit und Erwerbslosigkeit.

Abbildung 10: Verteilung von Hauptschulabsolventen des Jahres 2004 auf Stationen des Ausbildungs- und Übergangssystems im Zeitraum von Nov. 2004 bis Nov. 2006



Quelle: Übergangspanel des Deutschen Jugendinstituts e.V.

Der jährlich steigende Anteil von Jugendlichen in Ausbildung deutet darauf hin, dass Übergänge von der Schule in den Beruf länger dauern als in früheren Jahren. 30 Monate nach Ende der Pflichtschulzeit ist erst gut der Hälfte der Jugendlichen der Einstieg in Ausbildung gelungen. Die Verlängerung des Übergangs wird überwiegend durch weiterführende Schulbesuche und durch die Teilnahme an berufsvorbereitenden Angeboten verursacht. Insgesamt gibt es also eine erhebliche Verlängerung von Übergangs- bzw. Ausbildungszeiten, ohne dass sich zwangsläufig das Bildungsniveau der Jugendlichen dadurch verbessert.

Ein Teil der Jugendlichen fällt während des verzögerten Übergangs aus dem Bildungs- und Ausbildungssystem heraus und befindet sich außerhalb jeglicher Übergangs- oder Ausbildungsarrangements. Zum einen sind das die Jugendlichen ohne Arbeit und Ausbildung zum anderen diejenigen, die einer ungelerten Arbeit nachgehen. Diese misslungenen Übergänge sind eine Ursache für die im Folgenden dargestellten Ungelerntenquoten.

Die Untersuchungsergebnisse bestätigen die Diagnose des Nationalen Bildungsberichts: Die Wege, die Jugendliche zwischen Schule und Berufsausbildung nehmen (müssen), sind mit Chancen und Risiken verbunden: Erfolgreich sind Wege, die längerfristig angelegt sind bzw. bei denen aneinander anschließende Qualifizierungsschritte systematisch aufeinander aufbauen. Auf diesen Wegen erreichen auch Jugendliche den Zugang zur Ausbildung, die ursprünglich nicht über ausreichende Bildungsvoraussetzungen verfügten.

Risikant sind demgegenüber kurzfristig angelegte Qualifizierungsschritte, die nicht aufeinander abgestimmt sind, von Phasen von Arbeitslosigkeit unterbrochen werden und nicht zu verwertbaren Abschlüssen führen.

Das Problem ist weniger, dass die Jugendlichen nach der Schule unversorgt auf der Straße stehen. Das Problem ist vielmehr, dass sich Jugendliche mit der wachsenden Dauer der Teilnahme an nicht abgestimmten Fördermaßnahmen immer weiter von ihren ursprünglichen Ausbildungszielen entfernen. Die Folge ist, dass sie aus der Sicht von Ausbildungsbetrieben dadurch zu problematischen Bewerberinnen und Bewerbern werden, die einen zu langen Zeitraum in Warteschleifen verbracht haben.

4 Regionale Ungelerntenquoten

Wir hatten im ersten Kapitel ein – gemessen an der Zahl der Bewerber – unzureichendes Angebot an Ausbildungsplätzen als einen Auslöser dafür genannt, dass Jugendliche in Angebote des Übergangssystems ausweichen bzw. ausweichen müssen. Wir hatten im zweiten Kapitel gezeigt, dass die Teilnahme an Angeboten des Übergangssystems für die Jugendlichen zwiespältige Effekte hat: Für die Mehrheit verlängern sich zwar die Übergangszeiten drastisch, aber der Einstieg in Ausbildung gelingt schließlich. Eine Minderheit fällt über Warteschleifen und Zeiten der Arbeitslosigkeit aus dem Ausbildungssystem heraus.

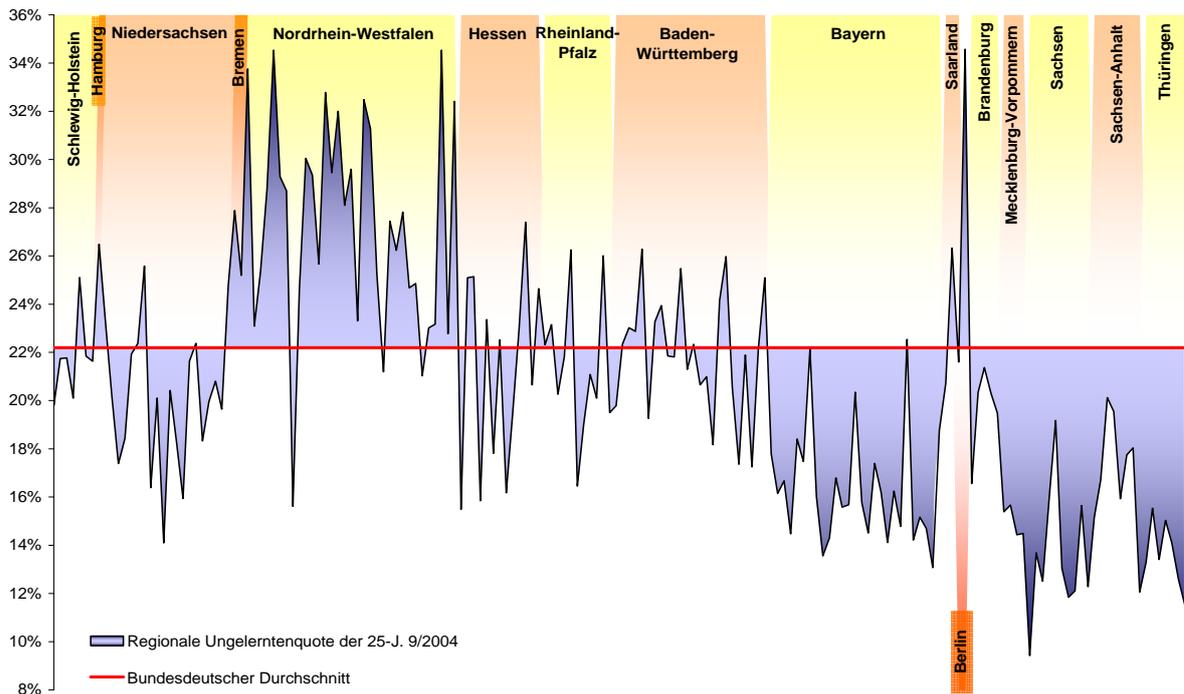
Bedeutet diese Zusammenhänge nun, dass Jugendliche in Regionen mit einem schlechteren Lehrstellenangebot zwangsläufig ein höheres Risiko tragen, ohne Berufsausbildung zu bleiben? Dann würden regionale Unterschiede des Ausbildungsmarktes entsprechend auf die Ausschöpfung des Ausbildungspotenzials wirken. Mit anderen Worten: Regionen, die einen Überhang an Ausbildungsplätzen aufweisen, müssten eine niedrigere Ungelerntenquote aufweisen als Regionen mit einem Überhang an Ausbildungsplatzbewerbern.

Um die Zusammenhänge zwischen regionalen Bedingungen auf dem Lehrstellenmarkt und regionalen Ungelerntenquoten aufklären zu können, betrachten wir in einem ersten Schritt die Ungelernten im Alter von 25 Jahren, da in diesem Alter in der Regel Maßnahmen des Übergangs- und Ausbildungssystems abgeschlossen sind und unwahrscheinlich ist, dass diese ungelerten Personen noch eine Ausbildung beginnen. Dafür untersuchen wir die Kohorte der im Jahr 2004 25-Jährigen. Um den Einfluss des Ausbildungsmarktes auf die Ungelerntenquote zu überprüfen, ziehen wir Daten über die Angebots-/Nachfragerelationen für den Zeitpunkt heran, zu dem diese Gruppe 16 und 17 Jahre alt war und die Schule verließ. Das sind die Daten für das 1996 beginnende Ausbildungsjahr.

Betrachten wir also in einem ersten Schritt die regionalen Ungelerntenquoten für das Jahr 2004 (das letzte Jahr, für das derzeit Daten vorliegen). Als regionale Ungelerntenquote erfassen wir den Anteil der 25-Jährigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung an der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der gemeldeten Arbeitslosen derselben Altersgruppe in einem Arbeitsagenturbezirk.

Wie die Abbildung 11 zeigt, sind die Ungelerntenquoten in Deutschland sehr unterschiedlich hoch und variieren regional sehr stark. Die Arbeitsagenturbezirke sind in diesem Diagramm nach Bundesländern sortiert und sind von links nach rechts: Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, das Saarland, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im bundesdeutschen Durchschnitt liegt die Ungelerntenquote der 25-Jährigen im September 2004 bei 22,2 %. Die regionalen Unterschiede reichen dabei von ca. 13 % unter dem bundesdeutschen Durchschnitt bis ca. 35 % über dem Durchschnitt. Die Ungelerntenquote liegt in einzelnen Regionen unter 10 % (z. B. Arbeitsagenturbezirk Annaberg-Buchholz, Sachsen) in anderen über 35 % (Berlin).

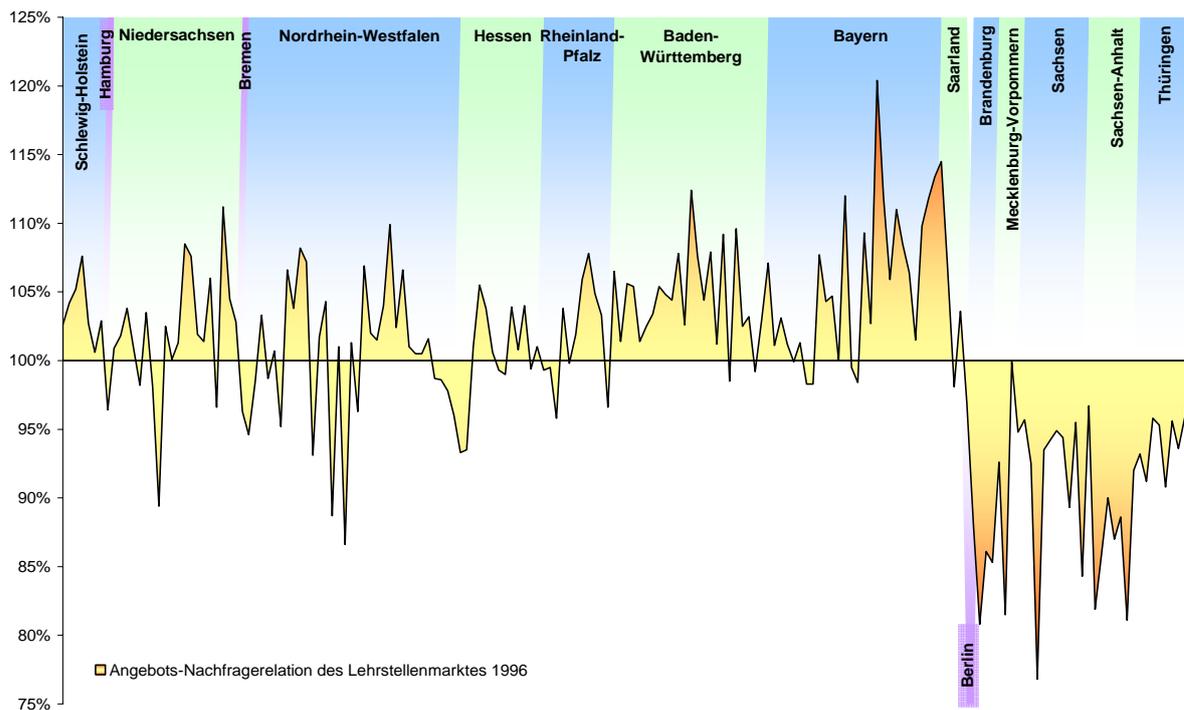
Abbildung 11: Die regionalen Ungelerntenquoten und deren Abweichung vom bundesdeutschen Durchschnitt (22,2 %) geordnet nach Bundesländern



Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Eine nahe liegende Annahme zur Höhe der Ungelerntenquote in einer Region lautet, dass diese von Angebots-Nachfragerelation für Ausbildungsplätze derselben Region abhängt. Um dies zu prüfen, wurde diese regionale Angebots-Nachfragerelation für das Jahr erfasst zu dem der entsprechende Jahrgang die Schule verließ. In diesem Fall ist das das Jahr 1996.

Abbildung 12: Die regionale Angebots-Nachfrage-Relation im Jahr 1996 und deren Abweichung von 100 % nach Bundesländern

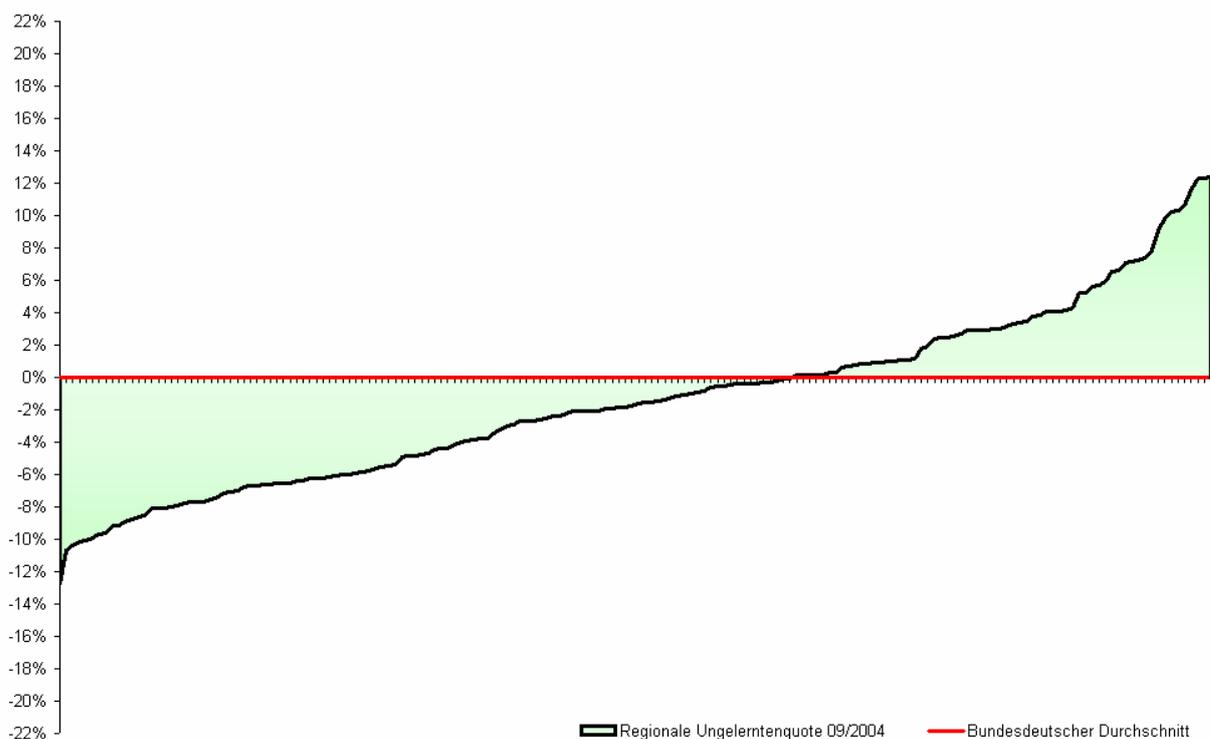


Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit, Berufsbildungsbericht 1996, BIBB, eigene Berechnungen

Auch die Angebots-Nachfragerelationen für das Jahr 1996 variieren stark zwischen den Ländern und nochmals für Arbeitsagenturbezirke innerhalb der Länder. Eine überwiegend gute Versorgung mit Ausbildungsplätzen finden wir in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen finden wir sowohl Regionen mit guter und mit schlechter Versorgungslage. Durchgängig ungünstig in die Situation in Berlin und allen ostdeutschen Bundesländern.

Für die Analyse des Zusammenhangs zwischen Angebots-Nachfragerelation und Ungelerntenquote werden die Arbeitsagenturbezirke in den folgenden Darstellungen nach der Höhe der Ungelerntenquote sortiert. Dazu wird der bundesdeutsche Durchschnitt (22,2 %) auf Null gesetzt und die regionalen Abweichungen von diesem Durchschnittswert werden im folgenden Diagramm abgebildet. Alle Arbeitsamtsbezirke Deutschlands wurden dafür von links nach rechts von der geringsten Ungelerntenquote (Annaberg-Buchholz, Sachsen) bis zur höchsten Ungelerntenquote (Berlin) geordnet.

Abbildung 13: Abweichung der regionalen Ungelerntenquote vom bundesdeutschen Durchschnitt (aufsteigend sortiert)

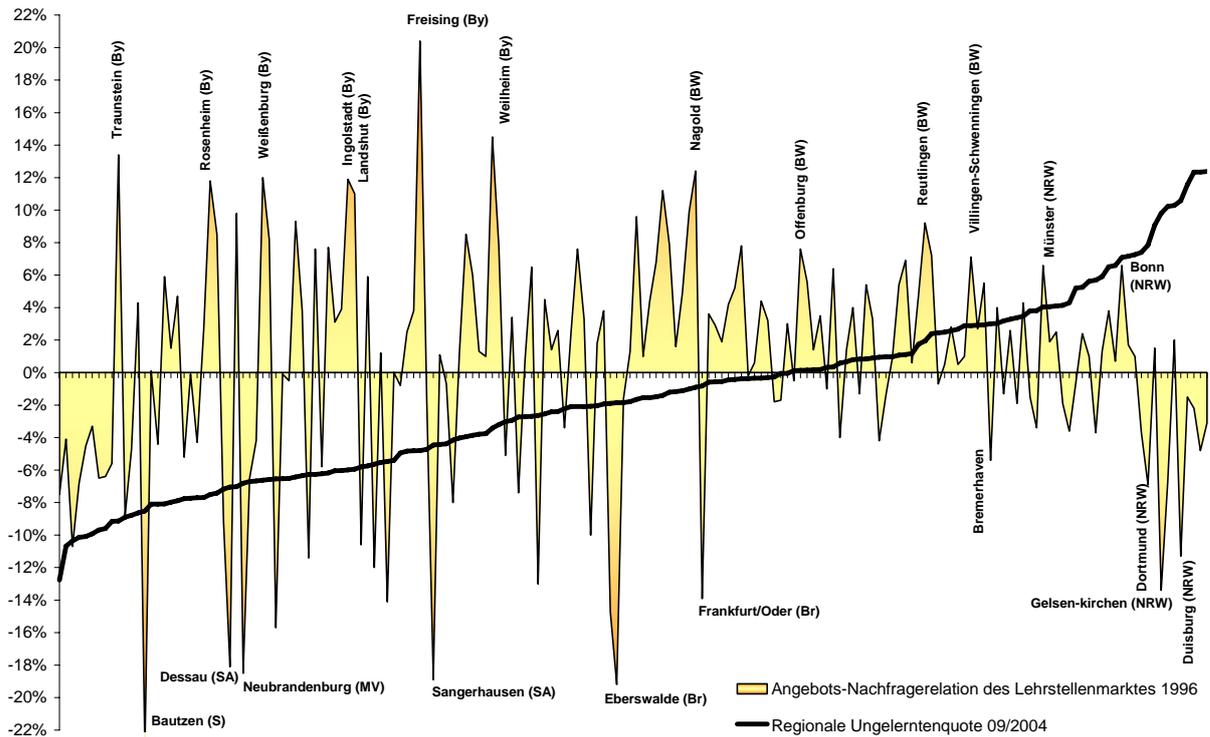


Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Abbildung 14 setzt nun die Angebots-Nachfragerelation des Jahres 1996 in Bezug zur Ungelerntenquote des Jahres 2004.

Die Gegenüberstellung von regionaler Angebots-Nachfrage-Relation und regionaler Ungelerntenquote zeigt, dass der eigentlich erwartete Zusammenhang so nicht durchgängig sichtbar wird.

Abbildung 14: Angebots-Nachfrage-Relation im Jahr 1996 im Verhältnis zur regionalen Ungelerntenquote der 25-Jährigen im Jahr 2004



Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit, Berufsbildungsbericht 1996, eigene Berechnungen

Zwar gibt es einerseits tatsächlich Länder (Bayern, Baden-Württemberg) und Arbeitsagenturbezirke (Traunstein, Rosenheim, Weissenburg, Ingolstadt, Landshut, Freising, Weilheim) in denen eine günstige Angebots-Nachfragerelation im Jahr 1996 mit einer unterdurchschnittlichen Ungelerntenquote im Jahr 2004 zusammenfällt. Auch treffen in Berlin und in Agenturbezirken wie Bremerhaven, Dortmund, Gelsenkirchen und Duisburg ungünstige Angebots-Nachfragerelationen mit überdurchschnittlichen Ungelerntenquoten zusammen. Aber es gibt auch die Gegenbeispiele: Auch bei regional sehr ungünstigen Angebots-Nachfragerelationen kann die Ungelerntenquote deutlich unterdurchschnittlich ausfallen. Besonders hervorstechende Beispiele sind z. B. Bautzen, Dessau, Neubrandenburg, Sangerhausen, Eberswalde und Frankfurt/Oder. In diesen Arbeitsagenturbezirken herrschte im September 1996 ein extremes Ungleichgewicht zwischen Ausbildungsplatznachfrage und -angebot zu Ungunsten der Stellenbewerber. Dennoch sind in diesen Bezirken die Ungelerntenquoten der nunmehr 25-Jährigen unterdurchschnittlich gering. Der umgekehrte Fall liegt beispielsweise in den Arbeitsamtsbezirken Meschede, Nagold, Offenburg, Reutlingen und Villingen-Schwenningen vor. In diesen Bezirken gab es 1996 eine positive Angebots-Nachfragerelation und dennoch sind im September 2004 die Ungelerntenquoten der 25-Jährigen überdurchschnittlich hoch.

Demnach können also unterschiedlich hohe Ungelerntenquoten nicht einfach mit unterschiedlichen Angebots-situationen auf dem Lehrstellenmarkt und damit einhergehenden individuellen Zugangschancen zu einer Ausbildung erklärt werden. Die regional sehr unterschiedliche Ungelerntenquote zum September 2004 spiegelt nur partiell (so z. B. in den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern) die regionalen Angebots- und Nachfrage-Relationen für Ausbildungsplätze wieder. Während in den meisten ostdeutschen Arbeitsagenturbezirken ein Überhang bei den Bewerbern zu beobachten ist,

werden in den westdeutschen Bezirken nach wie vor mehr Lehrstellen angeboten als Ausbildungssuchende zu verzeichnen sind. Die Quote der Ungelernten ist dennoch in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland.

Insofern müssen weitere Faktoren zur Erklärung der unterschiedlichen Ungelerntenquoten herangezogen werden. Ein solcher Faktor ist die Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung in der Region nach sozialen und Bildungsmerkmalen.

Betrachtet man die Unterschiede zwischen Arbeitsagenturbezirken innerhalb der westdeutschen Bundesländer, so gibt es Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen hohen Ungelerntenquoten und hohen Anteilen von bildungsfernen Personen unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Wohnbevölkerung des entsprechenden Arbeitsagenturbezirkes. Es sind dies Bevölkerungsgruppen (insbesondere auch junge Leute mit Migrationshintergrund), die auch bei den PISA-Untersuchungen unterdurchschnittliche Kompetenzwerte erreichen, überdurchschnittlich häufig die Schule ohne Abschluss verlassen und in der Berufsausbildung unterrepräsentiert sind.

Analoge Zusammenhänge werden auch in ostdeutschen Bundesländern sichtbar. Hier sind es Arbeitsagenturbezirke mit hohen Anteilen bildungsferner Jugendlicher deutscher Herkunft, die (gemessen am jeweiligen Landesdurchschnitt) überdurchschnittliche Ungelerntenquoten aufweisen. Insofern dürften die Ungelerntenquoten – wie auch nach PISA die Schulleistungen – zumindest teilweise Ausdruck der Bedeutung der sozialen Herkunft für das Gelingen oder Misslingen von Bildung und Ausbildung sein.

Das allerdings wirft für das Ausbildungssystem (wie auch für die Schule) die Frage auf, ob es sich der Wirtschaftsstandort Deutschland leisten kann, junge Leute deshalb überdurchschnittlich häufig ohne Ausbildung ins Arbeitsleben zu schicken, weil sie selbst oder ihre Eltern nicht in Deutschland geboren oder bereits ihre Eltern nur gering qualifizierte Arbeitskräfte sind. Dabei macht der Ost-West-Vergleich deutlich, dass es auch in Regionen mit schwacher Wirtschaftsstruktur möglich ist, die Ungelerntenquote gering zu halten. Wahrscheinlich ist dies sogar eine unabdingbare Voraussetzung dafür, Struktur-schwächen zu überwinden.

Hier schließt sich schließlich der Kreis zu den ob referierten Ergebnissen zu den Effekten des Ausbildungs- und Übergangssystems: Ausbildungs- und Übergangssystem können auch Jugendliche mit ungünstigen Bildungsvoraussetzungen erfolgreich zu Ausbildungsabschlüssen führen. Erfolgreich sind Wege, die längerfristig angelegt sind bzw. bei denen aneinander anschließende Qualifizierungsschritte systematisch aufeinander aufbauen. Das gilt für die betriebliche Berufsausbildung selbst, die mehrere Jahre umfasst und zu einem anerkannten Abschluss führt. Das gilt auch für mehrjährige schulische Bildungsgänge, die zu höherwertigen allgemein bildenden Schulabschlüssen oder zu anerkannten Berufsabschlüssen führen. Das gilt auch für Angebote des Übergangssystems, die geeignet sind, Bildungsdefizite zu kompensieren und in denen Abschlüsse erworben werden können, bzw. für die Abschlüsse garantiert sind, die zu Abschlüssen führen.

Angesichts der Vielfalt von Zuständigkeiten für Angebote des Übergangssystems (allgemein bildende und berufliche Schulen, Maßnahmen der Arbeitsagenturen und ARGEN, Maßnahmen der kommunalen Jugendämter, Landesprogramme) sind dafür Abstimmungen und Kooperation erforderlich. Hier ist lokales Übergangsmanagement gefordert.

5 Um einen Anfang zu machen: Schulen machen einen Unterschied!

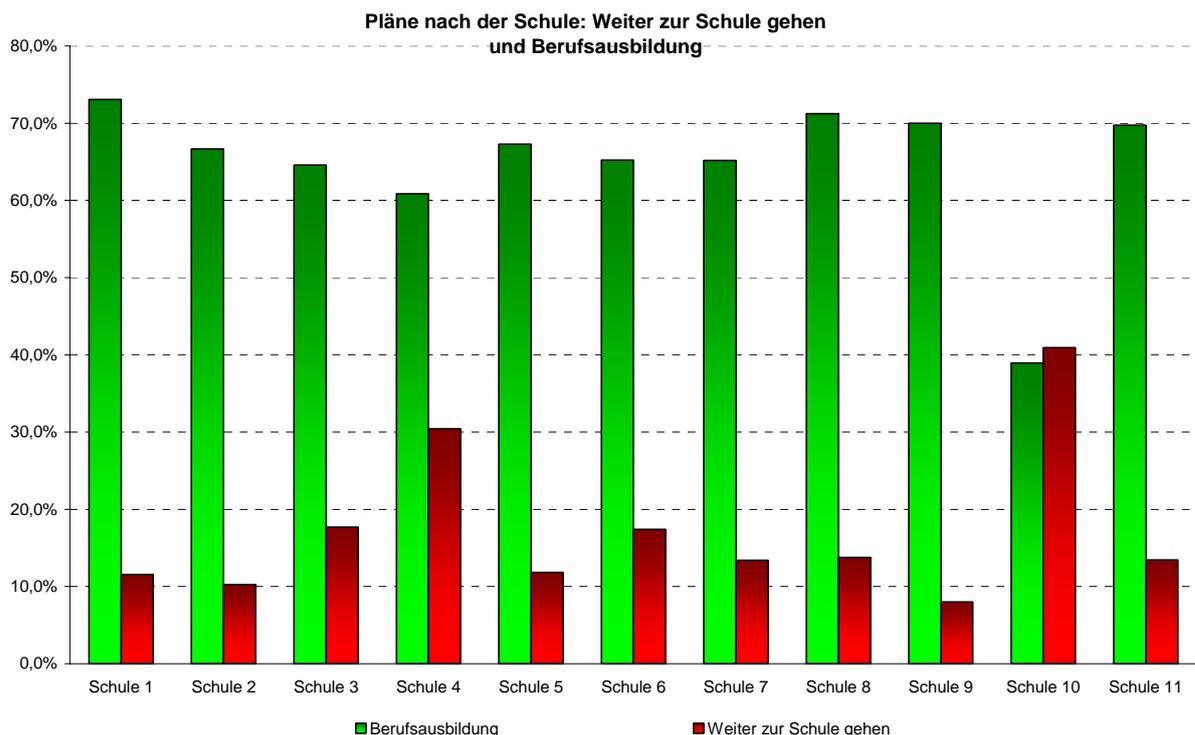
Ein Ergebnis des DJI-Übergangspanels ist, dass Schulen insgesamt große Anstrengungen unternehmen, ihre Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Übergänge am Ende der Pflichtschulzeit vorzubereiten. Allerdings zeigen die Ergebnisse auch, dass die Intensität der Vorbereitung zwischen Schulen stark variiert.

Diese Unterschiede werden in der Regel mit Unterschieden in den Rahmenbedingungen zwischen Regionen erklärt: Unterschiedliche Aufnahmefähigkeit der Lehrstellenmärkte, unterschiedliche Bereitschaft von Betrieben, Praktikumsplätze anzubieten, unterschiedliche Kooperationsbereitschaft der Berufsberatung, unterschiedliche Vorgaben durch Lehrpläne.

Dass sehr wohl erhebliche Handlungsspielräume auf der Ebene der einzelnen Schule bestehen, soll abschließend anhand der Ergebnisse einer Befragung der Schüler/innen der Abschlussklassen aller Schulen der Sekundarstufe I innerhalb einer Kommune illustriert werden.

Gegenstand der Befragung waren die schulischen Angebote zur Vorbereitung auf die Übergänge am Ende des Schuljahres und die Pläne der Jugendlichen für diesen Übergang.

Abbildung 15: Die Pläne der Schüler nach Beendigung der Schule

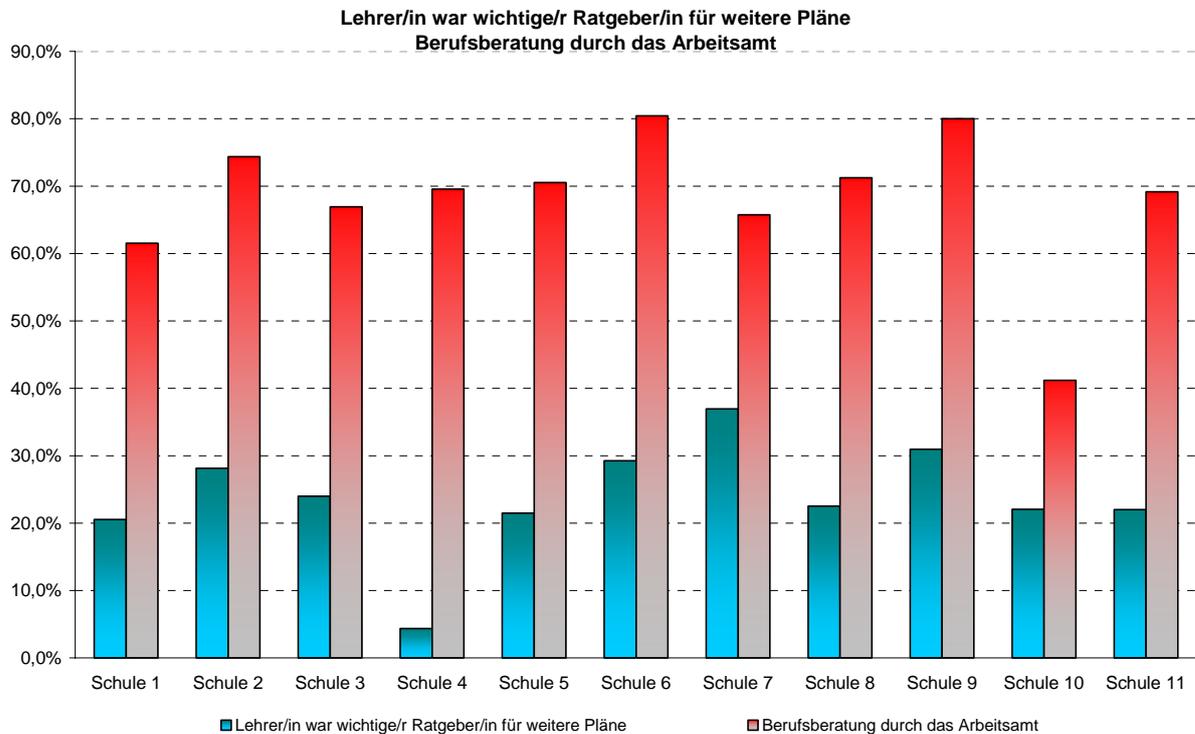


Quelle: Lokales Panel des DJI

Abbildung 15 zeigt, dass in fast allen Schulen (mit Ausnahme von Schule 10, wo die Befragten zu etwa gleichen Anteilen eine Ausbildung aufnehmen bzw. weiter zur Schule gehen wollen) die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen plant, im Anschluss an das laufende Schuljahr eine **Berufsausbildung** zu beginnen. Das wirft die Frage auf, was in den Schulen zur Vorbereitung der Jugendlichen auf diesen Schritt geschieht.

Abbildung 16 gibt Auskunft, welche Instanzen im Hinblick auf Anschlüsse nach der Schule für die Schüler (wichtige) Beratungsfunktionen wahrgenommen haben. Gefragt wurde erstens, wer wichtige Ratgeber im Übergang Schule – Beruf waren und ob die Beratungsangebote der Berufsberatung genutzt wurden.

Abbildung 16: Die Bedeutung von Lehrern und Lehrerinnen und die Inanspruchnahme der Berufsberatung

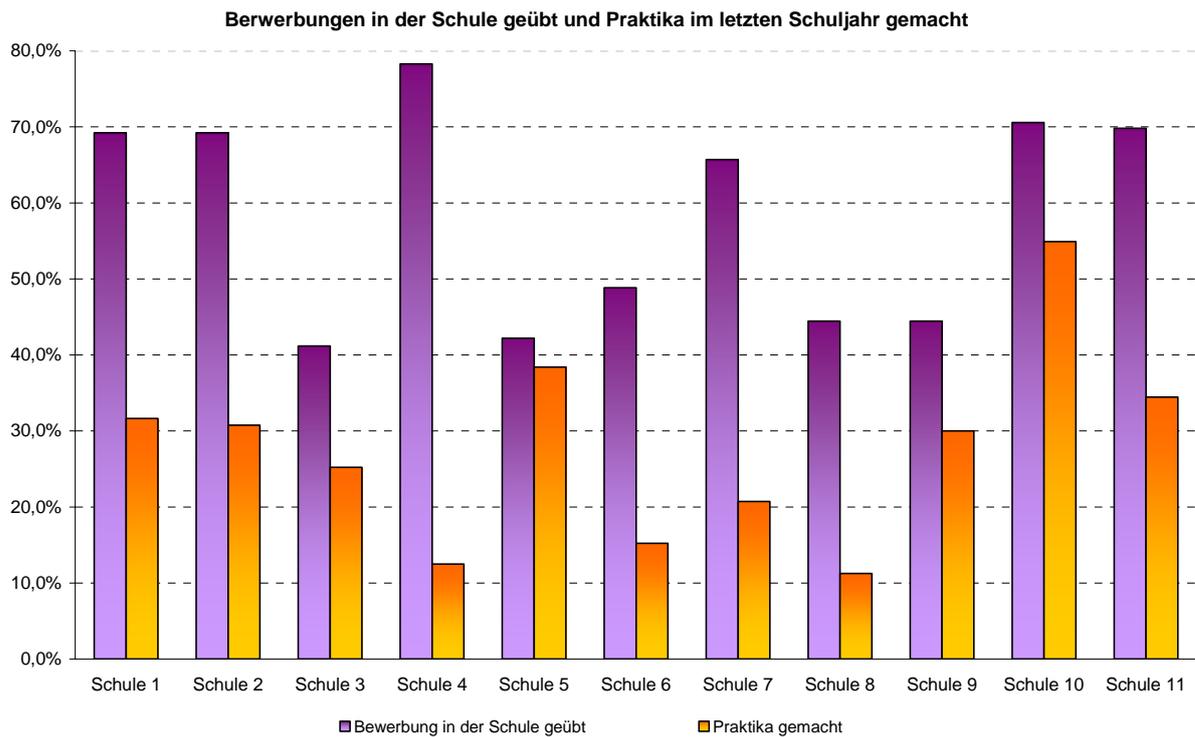


Quelle: Lokales Panel des DJI

Ein erstes Ergebnis ist, dass in der untersuchten Kommune Lehrkräfte relativ selten von den Schülern als wichtige Berater im Übergang Schule – Beruf genannt wurden. Dies gilt sowohl im Vergleich zu den Daten des DJI-Übergangspanels (da lag die Häufigkeit der Nennungen bei über 60 %) als auch in Anbetracht der Tatsache, dass die Schüler mit den Lehrkräften im Prinzip täglichen Umgang haben. Auffallend sind weiterhin die Unterschiede zwischen den Schulen. In Schule 4 nennen nur 5 % der Jugendlichen Lehrkräfte als wichtige Berater, in Schule 7 sind es annähernd 40 %. Im Vergleich der Schulen nehmen also Lehrkräfte in sehr unterschiedlichem Maße eine Ratgeberfunktion im Hinblick auf den weiteren Bildungs- und Berufsweg der Jugendlichen wahr. Hier bestehen Handlungsbedarf und Handlungsspielräume.

Eine erhebliche Varianz zwischen den Schulen gibt es auch im Hinblick der Nutzung der Beratungsangebote der Berufsberatung. Allerdings liegen 10 von 11 Schulen mit einer Inanspruchnahme der Berufsberatung zwischen 60 % und 80 % der Schüler relativ dicht beieinander. Die deutlich geringere Nutzung der Berufsberatung durch die Schüler der Schule 10 erklärt sich dadurch, dass in dieser Schule ein sehr hoher Anteil der Schüler plant, weiter zur Schule zu gehen (vgl. Abbildung 15).

Abbildung 17: Bewerbungstraining und Praktika im letzten Schuljahr



Quelle: Lokales Panel des DJI

Abbildung 17 fasst die Antworten der Schüler auf die Fragen nach Bewerbungstraining in der Schule und nach der Teilnahme an einem Betriebspraktikum im laufenden Schuljahr zusammen. Hinsichtlich des Bewerbungstrainings gibt es sehr große Unterschiede zwischen den Schulen mit einer Spanne von knapp über 40 % der Schüler, die angeben, in der Schule geübt zu haben, wie man ein Bewerbungsgespräch führt, bis hin zu knapp unter 80 %.

Noch größer ist die Spanne der Antworten zur Frage, ob die Schüler im laufenden Schuljahr ein Betriebspraktikum absolviert haben (ein Praktikum zusätzlich zum Pflichtpraktikum im vorletzten Schulbesuchsjahr). In zwei Schulen haben nur knapp über 10 % ein solches Praktikum absolviert, in vier Schulen zwischen 30 % und 40 % und in Schule 10 mehr als jede/r zweite Schüler/in. Angesichts der Bedeutung von Betriebspraktika als Türöffner für eine betriebliche Berufsausbildung gibt es hier klare Verbesserungsmöglichkeiten.

Das Fazit lautet: Unter vergleichbaren Rahmenbedingungen bereiten Schulen ihre Schüler/innen in sehr unterschiedlicher Weise auf die bevorstehenden Übergänge am Ende der Sekundarstufe I vor. Sollen die Übergänge Jugendlicher von der Schule in Ausbildung und Erwerbsarbeit effektiver gestaltet werden, wäre eine bessere Vorbereitung noch in der Schule ein wichtiger Ansatzpunkt. Die oben gezeigten Unterschiede zwischen den Schulen deuten auf Handlungsbedarf und Handlungsspielräume hin.

Literatur:

Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland: ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld: Bertelsmann.